Aufwärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und 0,36 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pfg. Postscheckkonto Hannover 67 377.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus", „Kindergabe" und „Unser Ziel."

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Reklame 30 Pfg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr. Postscheckkonto Hannover 67 377.

Nr. 37. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Freitag, den 13. Februar 1931. | 13. Jahrgang.

Wer für hohe Ideale lebt, muß vergessen, an sich selbst zu denken. Anselm Feuerbach.

Umschau.

Sirenenklänge. — Der Vorschlag des Grafen d'Ormesson. — Die französische Anleihe. — Brünings Tageserfolge. — „Was aber geschieht mit dem Volk?" — Panama in Hamburg. — Separatisten bei der Arbeit. —

Seit Wochen ist Frankreich wieder einmal auffällig „verständigungsbereit". Man könnte unzählige von Belegen aus dem französischen Pressewald anführen, die in allen möglichen Varianten den Willen zu einer „friedlichen und freundschaftlichen Zusammenarbeit" mit Deutschland zum Ausdruck bringen. Sirenenklänge, die zur Vorsicht mahnen! —

Es ist ja immer dasselbe Lied: Sobald irgendeine bedeutungsvolle Konferenz in Paris, in London, im Haag oder in Genf in greifbare Nähe rückt, entdeckt plötzlich der französische Chauvinismus sein „deutschfreundliches" Herz, um uns mit den zärtlichsten Versprechungen einzulullen und dann nachher im entscheidenden Augenblick um so rücksichtsloser auf die Knie zu zwingen. Deutschland ist dieser Methode, so plump sie auch aufgezogen sein mochte, immer wieder zum Opfer gefallen. Sein Schicksal wäre endgültig besiegelt, wenn es auch diesmal wieder, da es um den Zentralpunkt der außenpolitischen Probleme: die Abrüstung geht, in seiner sprichwörtlichen Michelhaftigkeit auf die französischen Lockungen hineinfiele und sich im vorhinein für eine Linsensuppe die Hände für immer knebeln ließe.

Bedeutsam in diesem Zusammenhange ist der Vorschlag des französischen Grafen Wladimir d'Ormesson, der darin gipfelt, uns für die nächsten beiden Jahre die Hälfte der ungeschützten Tributlasten zu streichen und gleichzeitig in Frankreich und Deutschland die Militärlasten um 12 Prozent zu senken. Das bedeutet praktisch, daß Deutschland für einen Tributnachlaß von insgesamt 1,7 Goldmark das bestehende — und selbst dem Diktat von Versailles ins Gesicht schlagende — Mißverhältnis zwischen dem französischen und deutschen Rüstungsstande formell anerkennen soll. Das ist natürlich absurd; und auch eine Regierung der Mitte kann es heute in Deutschland nicht mehr wagen, einen solchen Plan auch nur zur Erörterung zu stellen. Außerdem macht Graf d'Ormesson seinen Vorschlag von dem Verzicht der Vereinigten Staaten auf 50 Prozent ihrer Forderungen an die Alliierten abhängig. Da sich jedoch die Vereinigten Staaten von Nordamerika in einer derartigen finanzpolitischen Zwangslage befinden, daß sie schon allein mit Rücksicht auf die Steuerzahler an einen solchen Verzicht nicht denken können, so ist der Vorschlag des Grafen d'Ormesson schon allein aus diesem Grunde für praktisch wertlos zu erachten.

Ist also der Vorschlag des Grafen Wladimir d'Ormesson lediglich als einer der üblichen Versuchsballons anzusehen, so haben die deutsch-französischen Finanzverhandlungen inzwischen recht praktische Formen angenommen, und das erfüllt uns mit Sorge. Man kann es verstehen, daß die Regierung Brüning, die trotz der großen Hoffnungen, die man vor einem Jahre auf sie setzte, keinen größeren Erfolg zu erzielen vermochte, als den, daß sie heute noch am Ruder ist, mit allen Mitteln bestrebt ist, sich dieses Erfolges (der deshalb noch lange kein Erfolg des deutschen Volkes ist) so lange wie irgend möglich zu erfreuen. Auch der ganze amtliche Optimismus (wenn man von der berechtigten Verzweiflung der Kommunalverbände absieht, die ja nunmehr die Folgen unserer unhaltbaren Wirtschaftspolitik in allererster Linie zu tragen haben) dient ja keinem anderen Zwecke, als trotz der steigenden Volksnot Zeit zu gewinnen, — nur Zeit! Aber inzwischen hat die Ueberfremdung der deutschen Wirtschaft rasende Fortschritte gemacht, ist das Defizit in Reich, Ländern und Gemeinden auf zwei Milliarden emporgeschnellt, ist die Zahl der Arbeitslosen trotz des recht milden Winters auf 5 Millionen angewachsen, hat die jährliche Zinsenlast der öffentlichen Hand eine Summe von 3,2 Milliarden Goldmark erreicht. „Wir sind plötzlich in eine Aera hineingeraten", — lesen wir in einer demokratisch orientierten Zeitschrift, — in der die Wahrheit nicht mehr als salonfähig gilt und in der man sich an die künstliche Produktion von Glauben, Vertrauen und Zuversicht herangemacht hat. Kritik, Pessimismus, Bedenken — das sind heute Dinge geworden, die schon fast an Landesverrat grenzen. Vom Thema darf nicht gesprochen werden. Schwarzseher duldet die heutige Regierung, frei nach dem Rezept Wilhelms II., nicht. Durchhalten, das ist die große Parole. Mit ihr haben wir bereits einmal eine Niederlage erlitten, von der wir uns bis heute noch nicht erholt haben. Sollen wir dieses Experiment noch einmal wiederholen? — Durchhalten! Das ist leicht gesagt. Mißlingt dieses Experiment, so sehen sich die Handvoll Leute, die heute diese Parole ausgeben, lediglich zum Rücktritt gezwungen. Was aber geschieht mit dem Volk, das auf nichts vorbereitet ist und dem man seit Jahren einen hohlen, fadenscheinigen Optimismus vormacht? . . . Die bürgerlich-kapitalistische Tendenz, die bei den letzten Wahlen eine schwere Niederlage erlitt, hat sich trotzdem behauptet, indem sie sich die offiziellen Führer der Masse, d. h. der S.P.D. angliederte, Kapital und Masse haben in der Regierung Brüning ihre offizielle Verbrüderung gefeiert. Allerdings muß man sich darüber klar sein, daß sich diese Verbrüderung immer deutlicher auf einen kleinen Kreis offizieller Vertreter beschränkt. Es ist eine fast an den Fingern abzuzählende Oligarchie von Männern, die sich heute oberhalb der Massen und der Staats- und Wirtschaftsbürokratie zusammenfinden und Bündnisse eingehen. Es ist selbstverständlich, daß diese Regierung weder willens noch stark genug ist, große umwälzende Reformen durchzuführen, die das Uebel wirklich an der Wurzel packen. Es handelt sich lediglich um eine Regierung, die Zeit gewinnen will und für die jeder gewonnene Tag ein Fortschritt ist. Es handelt sich um eine Koalition von Männern, die den finanziellen Bankerott haben kommen sehen und lediglich um das nackte Leben des alten Systems kämpfen, ohne sich noch um die Stimmung des Volkes oder etwa um die Möglichkeiten grundlegender Systemänderungen zu kümmern."

Daß zur Ueberwindung unserer katastrophalen Wirtschaftsnot eine „grundlegende Systemänderung" unbedingt erforderlich ist, haben wir all die Jahre hindurch immer wieder im „Aufwärts" zum Ausdruck gebracht. Leider hat auch die Regierung Brüning trotz ihrer diktatorischen Maßnahmen in dieser Beziehung so gut wie restlos versagt. Es erfüllt uns mit Schmerz, daß ein Mann von dem Charakter, dem Mut und den Fähigkeiten eines Brüning, seine reichen Gaben wirkungslos einem System zuliebe vergeuden muß, über welches das Volk schon längst sein Urteil gesprochen hat. Auch die deutsch-französischen Finanzverhandlungen sind ja nichts anderes als eine Bestätigung dafür, daß wir in den alten, verhängnisvollen Gleisen weiterwandeln und immer neue Ketten um unsere Hände legen lassen. Unsere Warnungen, die wir wegen dieser Angelegenheit schon vor Wochen im „Aufwärts" haben laut werden lassen, sind wahrhaftig nicht aus Nörgelsucht oder sonstigen kleinlichen Motiven heraus erfolgt. „Was aber geschieht mit dem Volk?" — das ist auch in dieser Sache die Frage, die auf unserem Herzen brennt und die ein führendes deutsches Wirtschaftsorgan wie folgt beantwortet:

„Daß die Aufnahme einer französischen Anleihe für unsere Außenpolitik der verhängnisvollste Schritt wäre, der überhaupt gemacht werden kann, muß ausdrücklich hervorgehoben werden. Damit kommen wir in die vollendete Abhängigkeit von Frankreich! Gewährt uns Briand die politische Anleihe, dann ist es mit der Revision des Friedens zu Ende, ganz abgesehen davon, daß Würdeloseres nicht gedacht werden könnte, als von dem Staat Geld zu nehmen (das er überdies von uns erpreßt hat. — Die Redaktion.), der uns in das unendliche Elend bewußt gestürzt hat, in dem wir uns heute befinden, — der uns in diesem Elend bewußt halten will, — der niemals freiwillig zugeben wird, daß wir wieder eine selbstbestimmende europäische Großmacht werden. Das Problem ist, ob wir durch die Zeiten der Not hindurchwollen, um mit zusammengebissenen Zähnen das zu erreichen, was Völker zu Völkern macht: die nationale Freiheit! oder ob wir die in dem Augenblick angebotene Hand Frankreichs ergreifen wollen, in dem das italienisch-deutsche Zusammenwirken auf der Genfer Tagung greifbare Wirkungen gezeigt hat, um gegen ein Linsengericht die Zukunft Deutschlands zu verkaufen."

Aber um diese todernsten Hintergründe scheinbar rein finanzpolitischer Dinge kümmert man sich im allgemeinen bei uns in Deutschland nicht. Und auch die Presse schweigt. Dafür sorgen schon die amtlichen Nachrichtenbüros. Um so größerer Staub aber wird dann aufgewirbelt bei Vorfällen, die an sich durchaus bedauerlich sein mögen, aber im übrigen doch nur von symptomatischer und nicht von grundsätzlicher Bedeutung sind. Wir denken da z. B. an die zweifellos beschämende Tatsache, daß ein Hamburger Reeder eins seiner Frachtschiffe unter die Flagge Panamas gestellt hat, um auf diese Weise die in Deutschland üblichen, relativ hohen Sozial- und Steuerlasten zu umgehen. Gewiß ein trauriger Tatbestand! Aber wenn nun auf einmal doch sonst so international eingestellte Blätter und Kreise ihr nationales Herz entdecken und von „Verrat des Vaterlandes" usw. schreiben, dann muß anderseits aber doch auf das wohlwollende große Schweigen hingewiesen werden, mit dem gerade diese Kreise Vorgänge zu behandeln pflegen, die ganz andere Wertobjekte unter die Oberhoheit des Auslandes stellen als es der Frachtdampfer „Vogtland mit seinen 32 Mann Besatzung ist. Es sei nur erinnert an die Milliarden und aber Milliarden Goldmark, die während der letzten Jahre ins Ausland vorschoben wurden und unzählige deutsche Arbeiter brotlos machten, es sei erinnert an die Kreuger-Transaktion, die unseren gesamten Zündholzmarkt für inzwischen längst verpulverte Millionen einem ausländischen Großkapitalisten auslieferte und es sei erinnert an die schwebenden Treibstoff-Monopolverhandlungen, die den gesamten deutschen Benzinmarkt unter die ausschließliche Herrschaft des englischen Oelmagnaten Deterding bringen sollen. Auch die Bevorzugung ausländischer Fabrikate — selbst durch deutsche Behörden und Ministerien — gehört hierher. „Die Sucht, sich für ausländische Fabrikate begeistert zu zeigen, ist eine politische Krankheitsform, deren geographische Verbreitung sich auf Deutschland beschränkt!" (Bismarck). Und nun auch noch die französische Anleihe! Aber das wird alles beschönigt oder gar als „Erfolg" verbucht, obwohl es sich auch bei diesen Dingen um nichts anderes als um eine fortschreitende Verknechtung des deutschen Volkes unter fremdes Gold und fremde Flaggen handelt.

Wie es im übrigen mit der Verständigungsbereitschaft des anleihefreudigen Frankreich aussieht, zeigen ja die Separatistenverhaftungen in der Pfalz, die drastischer als alles andere die wahren Ziele Frankreichs bloßlegen. Auch von dem „neuen Gemeinschaftsgefühl", von dem Dr. Curtius gestern vor dem Reichstag redete, ist hierbei herzlich wenig zu bemerken. Zum zweitenmal also hat Frankreich — trotz Locarno! — versucht, jenes separatistische Gesindel in seinen Dienst zu stellen und mit seiner Hilfe — auf innerdeutsche Unruhen hoffend — sich deutsches Land, vor allem das Saargebiet, einzuverleiben. Es hat sich herausgestellt, daß die Separatisten auch heute noch von amtlicher französischer Seite planmäßig organisiert sind, in Metz ihre Zentrale haben und unter dem Protektorat des Präfekten von Metz, der Schwester Poincarés (Frau Dutreb), des Domherrn Ritz, des ehemaligen Ministers Ferry und anderer prominenter französischer Politiker ihre hochverräterischen Pläne gegen das linke Rheinufer zu verwirklichen suchen. Mittelsmann zwischen der französischen Regierung und den Separatisten ist Norbert Schlich, der Herr „Präsident", wie er sich von Frankreichs Gnaden bezeichnen darf, und als „deutscher" Ansager am Straßburger Rundfunksender amtiert, der berüchtigte Separatist Rosenbaum, den Frankreich trotz der hellen Empörung, die darüber im Elsaß herrscht, von seinem Posten nicht abberuft.

Man stelle sich nur vor, etwa in Koblenz oder Trier läge unter amtlichem deutschen Protektorat französisches Gesindel auf der Lauer, um im gegebenen Augenblick in hochverräterischer Weise gegen Frankreich loszuschlagen — was würde wohl Paris dazu sagen? — —

Und Berlin? — — —

Ueber die Ursachen des Rückganges der häuslichen und Familienerziehung.

Volk und Staat sind berechtigt, aus den Ehen Kinder zu erwarten, da ohne ausreichenden Nachwuchs das Volk dahinsiechen müßte und seine Existenz unter den Völkern nicht behaupten könnte. Doch das bloße Vorhandensein der Kinder kann dem Anspruch des Volkes und Staates nicht genügen; die Eltern müssen auch für die rechte Erziehung der Kinder sorgen; denn Volk und Staat brauchen wertvolle Menschen, die für den Dienst der Volksgemeinschaft erzogen sind.

Wir bemerken heute, daß das Bemühen vieler Eltern dahin geht, ihren Kindern den Besuch gehobener Schulen zu ermöglichen, weil bei dem verschärften Daseinskampf bessere Stellen in fast allen Berufen nur noch mit dem Zeugnis der mittleren Reife, wenn nicht mit dem Abschlußzeugnis einer höheren Schule zu erlangen sind. In vielen Fällen werden jedoch die Opfer hierfür von den Eltern umsonst gebracht, da infolge des Tiefstandes der Wirtschaft für jede zu besetzende Stelle ein Ueberangebot von Bewerbern vorhanden ist. Ein Vater, eine Mutter sollten es sich heute dreimal für einmal überlegen, ob jene Opfer für eine höhere Ausbildung am Platze sind; denn wenn sie nicht zum beabsichtigten Ziele füh-

ren, so sind Enttäuschung und Verbitterung der jungen Menschen die unausbleiblichen Folgen.

Die wichtigste Mitgift fürs Leben, die Eltern ihren Kindern in keinem Falle vorenthalten dürfen, ist eine Erziehung zu gewissenhafter Pflichterfüllung und Selbstbeherrschung, zum Gehorsam und Fleiß, zur Sauberkeit und Ordnungsliebe, zu Freundlichkeit, Gefälligkeit und guten Umgangsformen — kurz zu denjenigen Eigenschaften, von welchen die Bewährung der Menschen im Leben hauptsächlich abhängt.

Früher war die Meinung: Wir Eltern müssen, sollen und wollen die uns anvertrauten Kinder erziehen; viele von uns können es leider nicht, weil sie selbst nicht erzogen sind, und noch mehrere mögen es nicht, weil es ihnen an Pflichtgefühl und Charakterstärke fehlt.

Neuerdings erscheint es vielen Eltern fraglich, ob sie ihre Kinder überhaupt noch erziehen dürfen; die Erziehung scheint aufgehört zu haben, ein Recht und eine Pflicht der Eltern zu sein.

Andererseits regt sich in Elternkreisen, besonders soweit sie noch mit Volk, Vaterland und Kirche sich verbunden fühlen, der entschiedene Widerspruch gegen diese moralische Knochenerweichung und Fahnenflucht. — Das Versagen der Haus- und Familienerziehung in der Gegenwart muß sich für unser Volk verhängnisvoll auswirken, deshalb erscheint es erforderlich, den Ursachen dieser schicksalsvollen Erscheinung nachzugehen.

Das Ende des Weltkrieges brachte einen Zusammenbruch von unerhörtem Ausmaß über unser Volk — auf politischem, wirtschaftlichem, geistigem und religiös-sittlichem Gebiet. Der Eindruck desselben auf die Menschen war sehr verschiedenartig. Die einen waren fassungslos, verstört, weil ihnen über Nacht gleichsam der Boden unter den Füßen weggezogen, der sichere Halt fester, geordneter, altgewohnter Verhältnisse genommen war. Die anderen, die diese Umwälzung seit langer Zeit als die Rettung und Erlösung herbeigesehnt hatten, sahen geblendet in das Licht der neuen Freiheit. Aller verhaßte Zwang des „verrotteten Systems", des alten „Obrigkeits-, Zuchthaus- und Kasernenstaates" war von ihnen abgefallen. Die Tage der Erfüllung des Lebens in Freiheit, Schönheit und Menschenwürde schienen gekommen, — sollte man da nicht auch die Kinder freisprechen von dem Zwang der bisherigen häuslichen und Familienerziehung!? „Der Mensch ist gut" — so lautete das volks- und menschheitbeglückende Evangelium, vor allem das Kind ist gut, und die rechtverstandene Erziehung hat nur eine Aufgabe, zu verhindern, daß die Natur des Kindes aus ihrer Bahn gelenkt werde durch irgendwelche Willkürmaßnahmen der Erwachsenen. Die Zeit schien gekommen, in der das Naturevangelium des Bahnbereiters der großen französischen Revolution, Jean Jaques Rousseau, weithin im Volke willige Ohren und Herzen fand, und Ellen Key hatte, wie es schien, Recht behalten mit ihrer Weisfagung vom „Jahrhundert des Kindes". Das alles konnte auf die innere Haltung vieler Eltern zur Frage der häuslichen Kindererziehung nicht ohne Einfluß bleiben.

Der Sieg der Revolution bedeutete die Aufhebung der verantwortlichen Machtstellung Einzelner, die Zurückstellung des Führergedankens. Ueberall, wohin man sah, bemerkte man die Lockerung der bisher vielfach starren Autorität: im Staat, in der Wirtschaft, in der Werkstatt, der Schule. Allerorts das Streben nach freier Ordnung des Lebens. Sollte man da nicht logischerweise auch die Autorität der Eltern gegenüber den Kindern aufheben oder doch verringern?! Die bisherige Erziehung hatte es für nötig gehalten, den kindlichen Eigenwillen zu brechen, ihn unter das Joch des Gehorsams zu beugen. Aber, so sagte man nun, ist es recht, den eigenen Willen des Kindes zu beschränken, des Kindes, in dem sich der künftige freie Bürger des Staates ankündigt?! Sollten sich die Eltern mit dem Odium der Rückständigkeit beladen und dem rollenden Rad der Zeit in die Speichen greifen?! War hier nicht der Versuch, mit der neuen Zeit zu gehen, das Mindeste, was Eltern ihren Kindern schuldeten?! Liefen sie nicht Gefahr, die jungen Seelen zu verwirren, ja, allen Einfluß auf sie zu verlieren, wohl gar Haß, Hohn und Verachtung zu ernten, wenn sie einseitig an der überlieferten Auffassung von Elternrecht und Elternpflicht hätten festhalten wollen?! — So traten denn schließlich viele Eltern zurück von ihren bisher geübten Erziehungspflichten in dem Glauben, nach stürmischen Uebergangserscheinungen werde die neue Form der Hauserziehung Wurzel fassen und ihre Vorteile würden mehr und mehr zu Tage treten. Auch die kritischeren, denen die weitgehende Ausschaltung elterlicher Autorität sehr bedenklich erschien, übten Zurückhaltung gegenüber einer überlegenen Macht der Zeitgeschichte, die jetzt auch in ihr persönliches Familienleben griff und der sich auch der Widerwillige nicht einfach entziehen konnte. Solche dachten wohl wie der niedersächsische Bauer: „Duck di un lat voröwergahn, dat Weder will sinen Willen han", oder wie der Russe gegenüber dem großen Schicksal und dem sprichwörtlichen Reichtum an der großen Handelsstadt an der Wolga: „Wer kann wider Gott und Nowgorod"!

Es geht nicht an, den ganzen Umschwung in der Erziehung nur aus der staatlichen Umwälzung erklären zu wollen. Wir müssen doch tiefer graben, um die Ursachen der Erschütterungen des Autoritätsbegriffes genau aufzudecken.

In jeder Erziehung der Jugend handelt es sich um eine Wertübertragung auf das heranwachsende Geschlecht. Dabei ist Voraussetzung, daß solche Wertungen als etwas Unzweifelhaftes im Bewußtsein der Erziehenden vorhanden sind. Die sittlichen Werte ihrerseits haben das Vorhandensein einer einheitlichen, sicher begründeten Lebensbetrachtung und Weltanschauung zur Voraussetzung.

Wir kommen aus einer Zeit des ödesten Materialismus. Eine materialistische Lebensansicht kennt folgerichtig keine idealen Werte. Materialismus geht in der Regel mit Atheismus und egoistischer Moral Hand in Hand; er führt zur Auflösung der menschlichen Gemeinschaft in lauter Einzelne, denen ihr sinnliches Wohl alles ist. Die Folge des Materialismus, Atheismus und Egoismus ist der Pessimismus.

Der Pessimismus leugnet den Wert des Lebens überhaupt. Seine Moral ist das Mitleid mit allem, was lebt. Läßt sich eine straffe Haltung des Willens bei der Erfüllung der Lebensaufgaben auf müde Verzichtstimmung und schwächliche Passivität gründen?!

Dazu kommt als drittes Zeitübel ein falscher Individualismus. Eine individualistische und subjektivistische Betrachtung des Lebens kennt nur das Recht der freien Persönlichkeit — wie man das nennt — und führt folgerichtig zur Auflösung aller menschlichen Gemeinschaften — zunächst der Ehen und Familien, dann aber auch des Staates und der Kirchen.

Was die Menschen aneinander bindet, so daß sie bereit sind, mit- und für einander zu leben, das ist das Bewußtsein der Volksgemeinschaft, das aus lebendiger geschichtlicher Ueberlieferung erwächst, das Gefühl der Zugehörigkeit zu dem großen politischen, wirtschaftlichen und geistig-seelischen Organismus, den wir Volk und Vaterland nennen, der im nationalen Staate am sinnenfälligsten erscheint als eine geschichtliche Größe, die weit hinausragt über das kleine Dasein des ihr zugehörigen Einzelwesens, des einzelnen Standes und Berufs, der einzelnen sozialen Klasse, des Einzelstaates (Landes), als eine Gemeinschaft, die am sichersten gegründet ist, wenn sie auf einer religiös-sittlichen Lebensanschauung ruht.

Wer wollte behaupten, daß diese weltanschauliche Grundlage in der Zeit vor dem Kriege bei uns als lebendiger Besitz des Gesamtvolkes noch vorhanden gewesen wäre und wir nicht schon lange in einem Krisenzustande der Weltanschauung und der überlieferten Werte gestanden hätten?! —

Die Renaissance verkündigte das Recht der freien Persönlichkeit. Die Aufklärung war eine große Absage an die kirchliche Ueberlieferung. Die naturwissenschaftlich-technische Kultur des 19. Jahrhunderts vermochte dem Menschen keine religiös-sittlichen Ideale zu geben.

Der Sozialismus eines Karl Marx gründete sich nicht auf die vaterländischen und religiösen Bindungen; denn er ist überstaatlich und erklärt die Religion für eine „Privatsache".

Jeder kennt die anarchischen Bestrebungen in der Gegenwart, der Religion in jeder Form den Untergang zu bereiten.

Wohl erstanden deutsche Propheten — ein Lagarde, der Rembrandtdeutsche, ein Chamberlain —, doch sie blieben Prediger in der Wüste, ihre Worte verhallten. — Erst wenn wir wieder eine Weltanschauung besitzen, die das geistig-seelische Wesen des deutschen Menschen wieder in sein Recht einsetzt und die einen wahren Sozialismus, eine wirkliche Volksgemeinschaft auf die Mächte des Blutes und der Geschichte und auf die Religion begründet, erst dann sind wieder die Werte vorhanden, aus denen und für die ein Volk leben und in deren Geist es seinen Nachwuchs erziehen kann.

Die Jugend hat ein feines Empfinden für die innere Unsicherheit und Ziellosigkeit, wenn sie sich bei Eltern findet, für die Aufsplitterung und Verworrenheit ihres Charakters, wenn sie die Ursache dafür sind, daß Eltern ein ruhiges und warmes Familienleben nicht haben und den Kindern nicht bereiten können, da sie, verarmt am inneren Menschen, selbst Lebensfreude und Befriedigung hauptsächlich außerhalb des Hauses suchen müssen. In solchen Fällen versagen sich die Kinder den etwaigen Versuchen erziehlicher Einwirkung. Nur mit der Weltanschauungs- und religiös-sittlichen Not unserer Zeit kann unsere Erziehungsnot überwunden werden.

A. F.

Kundgebung gegen Schuldlüge.

Reichstag verlangt die Einberufung eines unparteiischen Ausschusses.

Die Reichstagsfraktionen des Zentrums und der Deutschen Volkspartei legten eine Entschließung zur Kriegsschuldfrage vor, in der es heißt:

Der Deutsche Reichstag lenkt erneut die Aufmerksamkeit der internationalen Oeffentlichkeit auf die schwere Beeinträchtigung der Gedanken des Friedens und der Verständigung durch das Kriegsschuldurteil des Versailler Vertrages. Deutschland hat unter Zwang den Vertrag unterzeichnet, ohne jedoch damit anzuerkennen, daß das deutsche Volk der Urheber des Krieges sei. Das im Artikel 231 ausgesprochene einseitige Schuldurteil ist nur geeignet, das Vertrauen unter den Völkern, das für einen wahrhaftigen Frieden erforderlich ist, dauernd zu beeinträchtigen.

Die restlose Aufklärung der Vorgänge, die zum Weltkrieg führten, auf der Grundlage wahrheitssuchender historischer Forschung ist daher dringend erforderlich. Deutschland fordert aus diesem Grunde zur Beseitigung des einseitigen, den historischen Tatsachen nicht entsprechenden Kriegsurteils wie es im Artikel 231 im Versailler Vertrag zum Ausdruck kommt, die Berufung eines internationalen Ausschusses von unparteiischen Sachverständigen, der allein ein objektives Urteil über die Vorgänge abgeben kann, die zum Ausbruch des Weltkrieges geführt haben.

Der Reichstag ersucht die Reichsregierung, alle ihr möglichen Schritte zu tun, um diese Forderung durchzusetzen.

— In einem mandschurischen Bergwerk in Fuschun ereignete sich eine schwere Explosion, durch die der größte Teil der 3000 Köpfe zählenden Belegschaft von der Außenwelt abgeschnitten wurde.

Bericht über eine Reise durch Sibirien nach China.

Von Missionar Reißig.

Missionar Reißig war von seinem Komitee beauftragt worden, mit seiner Frau die Wiederausreise nach Kanton über Sibirien zu machen, um festzustellen, ob der Landweg weniger anstrengend wäre als der Weg über Suez.

Daß Deutschlands Osten so knapp geschneidert wäre, hätten wir uns nicht träumen lassen, als wir Blumen und Abschiedsgeschenke, von unseren Freunden ins Abteil gereicht, ordneten. Im Nu waren wir an der polnischen Grenze. In den versinkenden Abend hinein standen wir am Fenster und schauten auf ehemals deutsches Land. Früh waren wir in Warschau. Wir bekamen einen anderen Speisewagen. Und mit ihm auch andere Schaffner. Wir wollten es kaum glauben, daß dicht hinter Warschau schon Asien beginnen sollte. So verwahrlost sah alles aus. Nicht nur die Preise auf der Speisekarte, sondern auch die Bedienung in ausgefranzten Hosen, schwarzgrau verschwitzten Gummibrettchen und ebensolchen Kragen, erinnerten verzweifelt an asiatische Zustände. Genau so verwahrlost, wie das Land da draußen, das an unseren Fenstern vorüberflog. Wie peinlich sauber sahen die Chinesen im Wagen aus. Sie zuckten spöttisch die Achseln, wenn die Kellner mit Trauerrändern unter den Fingernägeln uns die Suppenteller vorsetzten. Als die hohe Rechnung kam, hatten wir uns schon mit Humor ins vorläufig Unabänderliche geschickt, trösteten uns damit, daß bald die schäbige Eleganz des polnischen Speisewagens der gediegenen russischen Platz machen müsse. Letzte Zollrevision in Polen. Der Zug fährt langsam. Die polnische Wache verläßt den Zug. Durch einen großen hölzernen Bogen, der über die Gleise gebaut ist, fahren wir hinein in die Sowjetrepublik. Rote Soldaten springen auf den Zug. Von ihnen begleitet fahren wir langsam in Niegorelose ein. Die Sowjetrussen wollen ihre Zollrevision auch haben. Das dauert lange. Zwar sind unser beider Gepäckstücke in 5 Minuten revidiert, aber lange müssen wir warten, bis wir den Sibirienzug besteigen können. Russische Rubel müssen eingewechselt werden. Zwangskurs Reichsmark 2,16 pro Rubel. Also wechseln! Man verspricht den Rest an der anderen Grenze wieder in richtige Golddollars umzuwechseln. Falls davon beim Passieren der mandschurischen Grenze noch welche vorhanden sein sollten! Eine Dame will von mir absolut wissen, wieviel Dollars ich außerdem noch habe. Ich zähle meinen Barbestand nach. Ein Russe bescheinigt mir die Summe, die ich habe und die ich haben muß, wenn wir Rußland verlassen. Sind die Leutlein ängstlich! Mit unsern paar Golddollars können wir wirklich den Rubel nicht stürzen. Tüchtig reitet man den Amtsschimmel. Sogar die Gepäckträger stellen einem eine Quittung zu. Genormte Gepäckträgerpreise. Das wäre fein. Und unbedingt zur Einführung in China zu empfehlen. Aber außerdem haben sie noch sehr offene Hände, wenn flüchtiges Schauen rechts und links sie überzeugt, daß kein anderer Zeuge vorhanden ist. Ueberhaupt waren diese Kopfbewegungen nach rechts und nach links sehr typisch, ehe man etwas kapitalistisches Geld in Empfang nahm. Nur keinen Zeugen haben!

Glutrot leuchten die Sowjetsterne über den Stationen und Fabriken in den Abend hinein. Nun waren wir im sowjetrussischen Paradies. Unser sogenannter Transsibirienexpreß entpuppte sich als ein ganz gewöhnlicher D-Zug mit Personenzugeschwindigkeit. Unser Abteil mit 2 breiten Betten war sauber; die Schlafwagenschaffner waren zuvorkommend höflich. Pässe und Karten nahm man uns ab. Für die Geheimpolizei. Und außerdem sind die Schaffner noch Tschekisten, wie uns Russen verrieten. Da kann uns also wirklich nichts passieren. Als die Sonne sank, und wir Minsk hinter uns hatten, gingen wir in den Speisewagen zum Abendessen. Wir warteten sehr lange aufs Essen, sehr bescheiden warteten wir. Schüchtern fragte ich französisch und deutsch den Kellner, wann wir wohl etwas haben dürften, da lächelte er und meinte harmlos: „Koch erst betrunken, dann hat geschlaft, jetzt Kopfschmerzen viel, nicht kochen kann." Das war ein Trost, die bolschewistischen Preise für uns „Butschui" der zweite. Und des Nachts redeten wir noch davon: wenn wir erst den Ural hinter uns haben, dann pfeifen wir auf den Speisewagen und kaufen auf den Stationen von den Bauern Brot und Butter, Milch und Käse und Schinken und der Schaffner bereitet uns ab und zu einmal ein Glas Tee. Gut schliefen wir zum ersten Male in russischen Betten. Am nächsten Morgen flog das Land vorbei. Große Weiden, Pferde, Rinder, Hirten und verfallene Hütten. Staub versperrte uns oft die Aussicht; er drang durch die doppelt gesicherten Fenster und verschlechterte die Luft. Viele Leute lungerten auf den Stationen herum. Respektvoll hielten wir uns entfernt von den glücklichen Bewohnern des russischen Paradieses, denn die Choi laan gai in Kanton vor ihrer Verbreitung duftete wirklich vornehmer.

Wenn der durch die Bahn aufgewirbelte Staub uns einen freien Blick gestattete, bekam man etwas zu spüren von der unendlichen Weite des Landes. Durch Birkenhaine, schlank und weiß, schaute man Blockhäuser, die ziemlich verwittert waren.

Da wir auf Moskau gespannt waren, schenkten wir uns das Frühstück im Speisewagen. Nach 40 Stunden landeten wir in Moskau. Alles mußte den Zug verlassen. Wir hatten Zeit, uns etwa 9 Stunden lang umzusehen. Das staatliche Inturistbüro verschaffte uns einen Führer durch die Stadt. Wir hatten uns erst vorgenommen, allein die Herrlichkeiten Moskaus zu beschauen, aber da man doch bespitzelt wird, einigten wir uns, der Direktor des Elektrizitäts-Werkes Chapei-Shanghai, seine Frau und wir, einen Führer zu nehmen. Zwei Rubel pro Stunde schien uns nach den bisher erlebten Preisen nicht zu teuer. Eine Armenierin, überzeugte Kommunistin selbstverständlich, die fließend deutsch sprach, nahm uns in ihre Obhut und dann zogen wir durch die Stadt. All ihre weiblichen Künste ließ sie spielen, um aus

Das Rumpfparlament.

Aeltestenrat regelt die Weiterarbeit. — Nationalsozialistische Massenversammlungen.

— Berlin, 12. Februar.

Der Aeltestenrat des Reichstags beschäftigte sich mit der durch den Auszug der Rechtsopposition geschaffenen Lage. Es wurde beschlossen, am Donnerstag mit der Beratung des Haushalts des Reichswirtschaftsministeriums zu beginnen und dann die weiteren Etatsarbeiten programmgemäß zu Ende zu führen. Die Frage, was mit den verwaisten Ausschüssen geschehen soll, die durch die Amtsniederlegung der Nationalsozialisten ihren Vorsitzenden verloren haben, wurde dahin entschieden, daß die Stellvertreter aufrücken sollen.

Ueber das weitere Verhalten der Rechtsparteien besteht noch keine Klarheit. Da aber die nationalsozialistischen Abgeordneten fast sämtlich Berlin verlassen und sich in ihre Wahlkreise begeben haben, rechnet man mit einem längeren Fernbleiben der Nationalsozialisten. Den gleichen Schluß läßt ein von dem Reichstagsabgeordneten Rosenberg veröffentlichter Artikel zu, in dem es heißt, nach dem Auszug aus dem Reichstag werde eine riesige nationalsozialistische Versammlungswelle im Volk aufstehen. Es verstehe sich von selbst, daß der Auszug der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion keine vorübergehende Sonderaktion darstelle, sondern den Anfang eines neuen Abschnittes in der Geschichte der Bewegung bedeute.

Was die im Reichstag umlaufenden Gerüchte angeht, denen zufolge die nationalsozialistische Fraktion nach Weimar übersiedeln will, um dort einen Protestkonvent abzuhalten, liegt eine Stellungnahme seitens der maßgebenden Instanzen der Rechtsparteien hierzu bisher nicht vor.

Die deutschnationale Fraktion, die bekanntlich nur auf ihre Teilnahme an der außenpolitischen Diskussion verzichtet hat, ist sich über ihr weiteres Verhalten noch nicht endgültig schlüssig geworden. An den Ausschußsitzungen nahmen deutschnationale Abgeordnete bisher nicht mehr teil. In parlamentarischen Kreisen glaubt man jedoch, daß die Deutschnationalen in der nächsten Woche in den Reichstag wieder zurückkehren werden.

Volksbegehren gegen Reichstag?

Viel erörtert wurde auch ein von nationalsozialistischer Seite propagierter Vorschlag auf Veranstaltung eines Volksbegehrens gegen den Reichstag. So vertritt eine Essener Zeitung den Standpunkt, durch die Verschärfung der Geschäftsordnung sei die Waffe der Opposition stumpf geworden. Die Rechte müsse deshalb zu einer zwar legalen, aber doch schärferen Waffe greifen, und das sei eben das Volksbegehren auf Auflösung des Reichstags. Hier seien übrigens, so schreibt das nationalsozialistische Blatt, die Erfolgaussichten größer als bei dem Volksbegehren auf Auflösung des Preußischen Landtags.

Eine Erklärung des Landbundes.

Neue Kampfansage an die Reichsregierung.

Das Präsidium des Reichslandbundes veröffentlicht eine Erklärung, in der es u. a. heißt:

Unbeirrt geht der Reichslandbund den Kampfweg. Der Kampf gilt der Regierung. Die Enttäuschung darüber, daß die Regierung der Landwirtschaft selbst bisher keine Kenntnis von den beabsichtigten Maßnahmen gegeben hat, ist ständig im Wachsen, um so mehr, als die Zusage der Regierung, daß die erforderlichen agrarischen Vorlagen in kürzester Frist den Instanzen zugeleitet würden, bis heute unerfüllt ist. Das Mißtrauen gegenüber der Regierung erhält dadurch besondere Nahrung, daß der Oeffentlichkeit ebenfalls bisher die der Regierung übergebenen Forderungen der Grünen Front nicht bekanntgegeben worden sind.

Zu der Einstellung der Mitarbeit der Rechtsparteien im Landtag hat der Reichslandbund nicht Stellung genommen.

Flottenbesprechungen in Paris.

Eine Folge der französischen Baupläne. — Das Echo der Henderson-Rede.

— London, 12. Februar

Das englische Auswärtige Amt hat den Marinesachverständigen Craigie, einen hervorragenden Ratgeber Macdonalds auf der Londoner Flottenkonferenz, nach Paris entsandt, wo er mit dem Leiter der Völkerbundsabteilung des französischen Außenministeriums neue Verhandlungen über die Herabsetzung der Flottenrüstungen aufgenommen hat.

Die rechtsstehende „Morning Post" wertet diesen Besuch Craigies als einen „letzten verzweifelten Versuch" Englands, Frankreich in der Frage der Seeabrüstung zum britischen Standpunkt zu bekehren oder wenigstens zu einer Abänderung seiner Baupläne zu veranlassen. Es sei seit einiger Zeit deutlich, daß die Aussichten auf eine Vergrößerung der französischen Flotte, wie sie jetzt geplant ist, die britische Admiralität mit großer Sorge erfüllten. Auch wenn es vielleicht nicht notwendig werden würde, die Sicherungsklausel des Londoner Flottenvertrags zur Anwendung zu bringen, so werde doch geglaubt, daß eine erhebliche Erhöhung der britischen Tonnage innerhalb der festgesetzten Höchstgrenze ins Auge gefaßt werden müßte.

Einen breiten Raum widmen die englischen Zeitungen ferner der Rede Hendersons, in der Englands Außenminister anerkannt hat, daß die Mächte durch Gesetz und Ehre zur Abrüstung verpflichtet sind. „Manchester Guardian" erblickt darin die Eröffnung eines einjährigen Feldzugs für die Abrüstung. 1932 werde dann, so schreibt das Blatt, die erste Weltabrüstungskonferenz in Genf zusammentreffen, um die von den Nationen vor 13 Jahren in Versailles gemachten Versprechungen auszuführen. Hendersons Rede habe bedeutet, daß die englische Regierung bereit sei, sich voll und ganz für die Förderung einer durchgreifenden Reduzierung der Rüstungen einzusetzen, falls sie auf die Unterstützung der Oeffentlichkeit rechnen könne.

*

Der konservative Mißtrauensantrag gegen das Kabinett MacDonald abgelehnt.

— **London,** 12. Februar. Im Unterhaus wurde der konservative Mißtrauensantrag gegen das Kabinett MacDonald mit 310 gegen 235 Stimmen abgelehnt. Der liberale Zusatzantrag wurde mit 468 gegen 21 Stimmen angenommen.

Ist Holland neutral?

Protestkundgebungen gegen den niederländischen Generalstabschef.

Das „Utrechtsch Dagblad" beschuldigt den niederländischen Generalstabschef Seyffardt, durch seine Erklärungen über die belgischen Rüstungspläne dem entwaffneten Deutschland die Absicht der Schändung der niederländischen Neutralität unterschoben zu haben.

„Eine offizielle Erklärung des Generalstabes," so schreibt das Blatt, „in der der Verdacht ausgesprochen wird, daß Deutschland Hollands Neutralität, die es im Weltkriege sorgfältig respektiert hat, in einem neuen Krieg verletze, ist im höchsten Grade ungehörig, ja in jeder Hinsicht unzulässig. Was berechtigt Seyffardt, unseren deutschen Nachbar zu beschuldigen und die hinlänglich bekannten Annektionsabsichten Belgiens vollkommen außer acht zu lassen. Wenn Seyffardt die belgischen Verstärkungen an unserer Grenze ausschließlich auf Grund der Deutschland unterschobenen Absicht beurteilt, das nichts anderes bedeutet, als die Preisgabe der niederländischen Neutralität und die Einordnung des niederländischen Verteidigungssystems in den französisch-belgischen Block."

In ähnlichem Sinne fordern auch andere Zeitungen Hollands eine sofortige Stellungnahme der Regierung.

Neue Niederlage Lavals.

Das Kabinett in der Kammer zweimal in der Minderheit geblieben.

Bei der Beratung des Budgets für das Pensionsministerium in der französischen Kammer erlitt die Regierung Laval zwei ernste Schlappen, die allerdings keine Bedeutung für den Bestand des Kabinetts haben, da die Vertrauensfrage nicht gestellt war. Auf den Antrag eines sozialistischen Abgeordneten wurde gegen den Wunsch des Ministers ein Artikel mit der erdrükkenden Mehrheit von 500 gegen 78 Stimmen an die Finanzkommission zurückverwiesen. Ein zweiter Antrag, auch den nächsten Artikel an die Finanzkommission zurückzuverweisen, wurde trotz eines Appells des Budgetministers und des Ministerpräsidenten mit 301 gegen 266 Stimmen angenommen.

Stillegung und Gehaltsabbau in Oberschlesien.

Wie die polnische Presse meldet, wird in der nächsten Zeit ein Teil der ostoberschlesischen Zinkhütten und Erzgruben wegen Auftragsmangels stillgelegt. Am 30. April sollen sämtliche Gehälter um 15 Prozent herabgesetzt werden. Weiter heißt es, daß auch in der Eisenhüttenindustrie und im Bergbau ein 15prozentiger Gehaltsabbau erfolgen wird.

Wohin im Reichstag?

— Berlin, 12. Februar.

Als der Reichstag in den Nachmittagsstunden des Dienstags seine Beratungen wieder aufnahm, zeigte sich zur größten Ueberraschung des gesamten Hauses, daß sich die Schatten der Nachtsitzung noch nicht zerteilt hatten. Statt der Rede des Reichsaußenministers trat die Kampfansage der Rechtsopposition in den Vordergrund.

Was war geschehen? In der Nacht vom Montag zum Dienstag hatte die Mehrheit des Reichstags unter fortwährenden Kämpfen eine neue Geschäftsordnung verabschiedet, von der die Regierungsparteien, unterstützt von den Sozialdemokraten, die Gewährleistung der Arbeitsfähigkeit des Parlaments erhofften, während die Rechtsparteien und die Kommunisten gleichzeitig davon ihre Mundtotmachung befürchteten. Soweit sich die Aenderung der Geschäftsordnung darauf beschränkte, daß fortan Anträge, die eine Erhöhung der staatlichen Ausgaben zur Folge haben müssen, durch Vorschläge zur Deckung der Mehrausgaben ergänzt werden müssen, wird niemand die Zweckmäßigkeit einer solchen Maßnahme bestreiten. Die deutsche Wirtschaft ist zu sehr überbelastet, das deutsche Volk hat zu sehr unter den materiellen und seelischen Begleiterscheinungen des langanhaltenden Niedergangs zu leiden gehabt, als daß nicht äußerster Zwang zur Sparsamkeit gegeben ist!

Heftig umstritten wurden dagegen die neuen Bestimmungen der Geschäftsordnung, nach denen die Reichsregierung eines ausdrücklichen Vertrauensvotums nicht bedarf und Mißtrauensanträge nur in der Form eingebracht werden dürfen: „Der Reichstag entzieht dem Reichskanzler (der Reichsregierung, dem Reichsminister) das Vertrauen." Erst recht richtete sich der Widerstand der Rechten gegen die Abänderung des Pressegesetzes dahin, daß Abgeordnete, also Immunitätsschutz genießende Personen, nicht mehr verantwortliche Redakteure sein dürfen, und ferner gegen die Pauschalgenehmigung der Strafverfolgung von Reichstagsabgeordneten in etwa 300 Fällen.

An sich sind Vorgänge, wie sie sich jetzt im Reichstag abgespielt haben, in der Parlamentsgeschichte nicht neu. Trotzdem wird man den Ernst der neuen Lage nicht unterschätzen dürfen. Zum Parlamentarismus gehört nun einmal ein Zusammenwirken von Mehrheit und Opposition, in welchem Maße, ersieht man daraus, daß es in England eine alte Uebung ist, dem Führer der Opposition einen staatlichen Sold zu gewähren. Jetzt ist aber nicht nur vorerst jede — auch nur bescheidene — Zusammenwirkung unmöglich, sondern darüber hinaus haben die innerpolitischen Gegensätze eine neue, bedauerliche Verschärfung erfahren.

Rein parlamentarisch wird der Auszug der Nationalsozialisten — die Deutschnationalen wollen sich ja nur von der außenpolitischen Verhandlung fernhalten — und die Niederlegung der von Nationalsozialisten innegehabten Ausschußmandate zunächst die Folge haben, daß das Kabinett Brüning plötzlich eine Mehrheit bekommt. Allerdings fehlt jetzt auch die Klammer, die die Parteien, die die Regierung bisher stützten, zusammengehalten hat. Als neue Gefahr erhebt sich das Gespenst der Beschlußunfähigkeit, das nur dadurch gebannt werden kann, daß die Abgeordneten der Regierungsparteien durchweg vollzählig zur Stelle sind.

Die Rede des Reichsaußenministers ist unter diesen Umständen, wie bereits gesagt, etwas in den Hintergrund getreten. Immerhin sollte man auch so im Auslande nicht übersehen, daß der Grundgedanke dieser Rede ein offenes Bekenntnis zur Revisionspolitik war. Mag uns im Innern trennen was da will, darin, daß auf dem Vertragssystem von Versailles eine gesunde europäische Staatenwelt nicht aufgebaut werden kann, sind wir uns von rechts bis links einig, und ebenso wohl auch in dem Willen, dieses System niederzukämpfen. Die von Minister Curtius an Frankreich gerichtete große Frage, ob man in Paris endlich die Notwendigkeit einer europäischen Neuordnung, das heißt die Notwendigkeit einer Grenz-, Vertrags- und Tributrevision einsehen und dieser Erkenntnis gemäß handeln will, liegt jedem deutschen Manne auf den Lippen, und wenn man eine andere Formulierung wünscht, kann sie immer nur schärfer ausfallen. Die Grenze der deutschen Geduld ist erreicht! Daß das der Fall ist, zeigt die leidenschaftliche Freiheitssehnsucht des deutschen Volkes, zudem spiegelt es sich auch in der Feststellung des Reichsaußenministers, daß bei einem Verfagen des Völkerbundes in der Frage der Abrüstung zum Beispiel für Deutschland in diesem Gremium kein Platz mehr ist. Das deutsche Volk hat keine Lust mehr, in der Zwangsjacke von Versailles einherzugehen!

Das wäre das, was in der Außenpolitik etwa dem Auslande zu sagen wäre.

*

Was wird mit den eingesparten Diäten?

— **Berlin,** 12. Februar. Dem Reichstag ging ein nationalsozialistischer Antrag zu, der die durch den Verzicht der nationalen Opposition auf Teilnahme an den Parlamentssitzungen eingesparten Beträge für Aufwandsentschädigungen und Diäten den Bedürftigsten unter den ausgesteuerten Erwerbslosen zuführen will.

Drei Landvolkabgeordnete ausgeschieden.

— **Berlin,** 12. Februar. Die Abgeordneten Dr. Wendthausen, von Sybel und Sieber, die, dem Beispiel der Nationalsozialisten folgend, ihre Mitarbeit im Reichstag eingestellt haben, sind aus der Fraktion der Landvolkpartei ausgeschieden.

Das unruhige Spanien.

Republikanische Kundgebungen in Madrid. — Generalstreik in Cadiz.

— **Madrid,** 12. Februar. Am heutigen Jahrestag der spanischen Republik von 1873 fanden in ganz Madrid Trauergottesdienste für die im Dezember füsilierten Offiziere statt. An den republikanischen Kundgebungen nahmen 5000 Menschen teil. Als Hochrufe auf die Republik ausgebracht wurden, griff die Polizei ein und nahm zahlreiche Verhaftungen vor. Das Gefängnis war

---

uns an Meinungen, Ansichten und Urteilen herauszubekommen, was nur irgendwie herauskommen wollte. Man sah ihr an, wie sie all das, was wir sagten, fürtrefflich in ihrem Hirn registrierte, um es für ihren späteren Bericht an ihre Vorgesetzten zu verwenden. Wir haben mit unseren Urteilen über das barbarisch verlotterte Moskau nicht gekargt. Unter allen Umständen wollte sie uns zeigen, wie für die Arbeiter und Arbeiterinnen gesorgt wurde. Da wir aber wußten, daß amerikanische Missionare und Ingenieure reichlich das Lob dieser nur für den Kommunisten bestimmten sozialen Einrichtungen sangen, die Ifa in Berlin uns bolschewistische Kultur ziemlich verdeutlicht hatte, zogen wir es vor, Moskau zu sehen, wie es wirklich ist, zu sehen, wie neun Zehntel des Volkes dem restlichen einen Zehntel ein verhältnismäßig gutes Leben zwangsweise verschaffen müssen.

Wenn man in Berlin sich in ein Auto setzt und einen chinesischen Studenten nach dem andern besucht, dann kann ein naives Gemüt sicher am Abend eines abwechslungsreichen Tages zu dem Schluß kommen: In Berlin wohnen nur Chinesen. Und wenn man in Moskau von einem Mutterschaftsh... zum andern gefahren wird, vom Beamtenhochhaus zu irgendeinem Arbeiterdebattierklub, dann kommen unbeeindruckte Seelen leicht zu der Überzeugung: Hier ist nun endlich die Pforte des Himmels!

Fünf Stunden lang liefen wir durch die Stadt. Autos gab es für uns nicht. Rote Garden hatten solche zur Verfügung. Wir stolperten über den Roten Platz. Ein jämmerliches Bild der Verwahrlosung. Lenins Körper wird irgendwo wieder präpariert für den leichtgläubigen Muschik. An jeder Ecke schien ein Trödelmarkt sich aufgetan zu haben. Was verkauften die Frauen und Männer in zerrissenen Kleidern aus der Zeit vor dem Kriege nicht alles! Was bettelte nicht alles in den Straßen herum! Wer wollte uns nicht alles die Stiefel putzen! Peinlich war uns das alles nicht. Ein herzliches Erbarmen hatten wir für die blassen und dürren Menschen, die an uns vorbeizogen und unsern deutschen Urteilen lauschten.

(Schluß folgt.)

von der Polizei abgesperrt und Besuche verboten. Trotzdem wurden für die gefangen gehaltenen Republikaner 7000 Karten abgegeben.

In Cadiz ist der Generalstreik ausgerufen worden.

Attentat in Wien.

In der tschechischen Gesandtschaft in Wien ereignete sich eine schwere Bluttat. Der beschäftigungslose tschechische Kaufmann Gottlieb Zetka feuerte, als ihn Legationssekretär Zajacek vorließ, auf diesen drei Schüsse ab, wobei eine Kugel das Auge des Sekretärs durchbohrte, während die zweite tief in den Kopf eindrang. Zajacek war auf der Stelle tot. Der Attentäter wurde überwältigt und verhaftet.

Wie die Polizei mitteilt, handelt es sich bei dem Mörder um einen 65jährigen Mann, der offenbar geistesgestört ist. Bei seiner Vernehmung machte er verworrene Angaben; er behauptete, er habe dem Legationssekretär einen „Denkzettel" verabfolgen und die Aufmerksamkeit auf sich lenken wollen.

•

Zajacek lebt.

Zu dem Anschlag in der Wiener tschechoslowakischen Gesandtschaft.

— **Wien,** 11. Februar. Wie zu dem Revolveranschlag in der Wiener tschechoslowakischen Gesandtschaft ergänzend mitgeteilt wird, ist der Legationssekretär Zajacek Horski entgegen der ersten Meldung seinen Verletzungen nicht erlegen. Am Nachmittag wurde der schwerverletzte Legationssekretär einer Augenoperation unterzogen.

130-Millionen-Kredit abgeschlossen.

Unter Beteiligung englischer und französischer Banken.

— **Berlin,** 12. Februar.

Wie verlautet, sind die Verhandlungen über die Bevorschussung der Reichsbahnvorzugsaktien endgültig abgeschlossen. Auch die englischen und französischen Bankengruppen haben nunmehr ihre Beteiligung zugesagt. In den der Reichsregierung nahestehenden Kreisen legt man der Kreditaktion weniger wegen der Höhe des in Frage stehenden Betrags — das Reich wird 130 Millionen Mark erhalten — als vielmehr deshalb Bedeutung bei, weil der Kreditabschluß das wiederkehrende Vertrauen des Auslandes zu Deutschland dokumentiert.

•

Wir vermögen uns diesen Standpunkt der Reichsregierung in keiner Weise zu eigen zu machen.

Hoesch bei Briand.

Französische Pressestimmen zu der Curtius-Rede.

— **Paris,** 12. Februar.

Der deutsche Botschafter in Paris, Herr von Hoesch, hatte eine neue Unterredung mit dem französischen Außenminister Briand, die nach der darüber ausgegebenen Mitteilung der Fortsetzung der Aussprache über „eine Anzahl aktueller Fragen, die für Deutschland und Frankreich von Interesse sind," diente.

Die französische Presse beschäftigt sich mit der Reichstagsrede des Reichsaußenministers Dr. Curtius. Das „Echo de Paris" spricht dabei von der „Kühnheit, ja dem Zynismus", mit dem Deutschland durch den Mund seines Außenministers „seinen leidenschaftlichen Willen zur Revanche proklamiert habe." „Petit Parisien" meint, „die Eindringlichkeit, mit der Curtius die nationalen Forderungen Deutschlands entwickelt habe, werde keineswegs zur Besserung der Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich beitragen."

Wesentlich vernünftiger äußern sich die französischen Zeitungen, die — wenngleich es ihnen an Erkenntnis über die von Frankreich zu bringenden Opfer fehlt — bisher eine Einigung nicht grundsätzlich ablehnen.

Bücher und Zeitschriften.

Nicht vergebens. Briefe und Tagebuchblätter eines jungen Mädchens. Herausgegeben von Ernst Detert. 96 Seiten. In Ganzlwd. geb. 2,80. Furche-Verlag G.m.b.H., Berlin NW 7.

Es ist immer eine schwere Sache, wenn ein junges Menschenkind mit gesundem Geist und frohem Lebenssinn zu körperlichem Siechtum verurteilt ist. Das vorliegende Buch enthält in kurzen Zügen den Lebensgang der schwedischen Pfarrerstochter Elsa Viotti, um dann durch die Briefe und Tagebuchblätter dem Leser Einblick zu gewähren in das reiche Gemütsleben einer Jungfrau, die durch Leiden sich bewährt und vielen zum Segen wird. Dieser Segen wird sich auch weiter der Jungmädchenwelt mitteilen, die das Glück haben wird, in den Besitz dieses Vermächtnisses einer gottbegnadeten Dulderin zu kommen.

Bethel.

— Nähe Landschaftsgärtnerei Geld gefunden. Näheres in der Druckerei.

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. H. Huttel; Anzeigen: K. Diekmann; alle in Bethel.

Statt besonderer Anzeige.

Nach kurzer schwerer Krankheit nahm der Herr am Dienstag, den 10. Februar, vormittags 10½ Uhr unerwartet schnell meine liebe Frau, unsere gute, treusorgende Mutter, Frau

Emilie Klingsporn,

geb. Steinmeyer

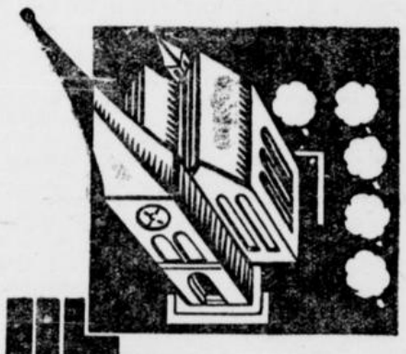
im Alter von 42 Jahren zu sich in die Ewigkeit.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Fritz Klingsporn u. Kinder, Haspe
Familie Steinmeyer, Bielefeld.

Die Beerdigung findet am Samstag, den 14. Februar 1931, nachmittags 4½ Uhr von der Zionskirche in Bethel aus statt.

Töchterheim
des Diakonissenhauses Kassel
staatlich anerkannte Haushaltungsschule, Landgraf Karlstr. 23, bietet jungen Töchtern Gelegenheit, sich zu tüchtigen Frauen und Müttern auszubilden. Näheres Prospekt.



Zur Konfirmation
bringen wir als die bekannte Spezialität unseres Hauses
Konfirmanden - Anzüge
in erprobten blauen Qualitäten von der einfachsten bis zur feinsten Ausführung in überragend großer Auswahl zu zeitgemäß niedrigen Preisen! Wollen Sie Ihrem Jungen eine besondere Freude machen, so suchen Sie diesen Anzug bei uns aus: Sie wissen dann, daß Sie gut gewählt und wirklich sehr billig gekauft haben.
Hettlage

Erfahrenes
Alleinmädchen
mit guten Zeugnissen gesucht zum 1. März. Schriftliche Angeb. an **Frau Amtsgerichtsrat Cloffel, Langenberg (Rhld.),** Hauptstr. 109.

Wissenschaftl. Töchterheim „Tannenberg"
Bad Sachsa (Südharz)
(vorm. A. Potthoff)
stellt z. 15. April 4—6 Haustöchter ein aus gebildeten Familien zur Erlernung des Haushalts, Handarbeiten, gesellschaftl. und wissenschaftl. Fortbildung, Sport. Beste Pflege. — Zuzahlung von monatl. RM. 80.— Auskunft durch: **Fr. Dr. Schnabel, Bad Sachsa, Ostertalstraße 1—5.**

Harmonium
wenig gebraucht, billig und günstig abzugeben
H. Thunert & Söhne, Bad Oeynhausen
Herforderstraße 47.

Hochfeiner Ia Bienenschleuder-Honig
garantiert reiner, hellgelb.,
10-Pfund-Dose 10,80 RM franko,
5-Pfund-Dose 6,— RM franko.
Versand Nachn. Garant. Zurückn.
Heermann'scher Honigversand Werlte i. H. Nr. 183.

ärztlich empfohlen **Pastor Felkes Magenstärker**
hilft bei allen Magenbeschwerden ganz hervorragend. Erhältlich in den Apotheken, **wo nicht, direkte** Zusendung **ohne** Preisaufschlag franco gegen Nachnahme (Mk. 3,50 d. Fl.) durch die allein berechtigte Herstellerin:
Firma Hermine Schmitz, Duisburg
Fabr. pharmaz. Präparate, gegr. 1903

Bielefelder Musikinstrumenten-Fabrik
ERNST DAVID
gegründet 1885
prämiiert mit Ehrendiplom und goldner Medaille
liefert als Spezialität die von den
Posaunen-Chören
bevorzugten Flügelhörner (System Kuhlo) sowie in bester Qualität auch alle anderen Blechinstrumente, empfohlen durch Pastor Kuhlo in seinen „Posaunenfragen" — Seite 20—26
Katalog und Preisliste gratis.

Weiße Woche

ab Mittwoch, den 11. Februar, bis Samstag, den 21. Februar

Enorm billiger Verkauf großer Posten Weißwaren und Wäsche
aus meinen neu getätigten, ganz besonders günstigen Abschlüssen.

Rohnessel 78 cm breit . . . . . Meter zu **50, 38, 32** — **25** ₰
Rohnessel 154 cm breit . . . . . Meter zu **85** — **75** ₰
Rohnessel 160 cm breit . . . . . Meter zu **1.— Mk.** — **90** ₰
Hemdentuch starkfädig . . . . . Meter zu **70, 58, 45** — **35** ₰
Hemdentuch feinfädig . . . . . Meter zu **78, 63, 58** — **50** ₰
Gebleichte Croisé Meter zu . . . . **1.20, 1.08** Mk., **85, 70** — **58** ₰

Hemdenbarchend schwere Köper-Qualität, Meter **78, 72, 68** — **58** ₰
Linon 160 cm breit . . Meter zu **1.65, 1.45, 1.20** — **1.00**
Bettsatin 160 cm breit . . Meter zu **2.50, 2.25, 1.95** — **1.28**
Bettdamast 160 cm breit . . Meter zu **3.15, 2.45, 2.30** — **1.58**
Haustuche 150 cm breit . . . . . Meter zu **1.60, 1.40** — **1.20**
Haustuche 160 cm breit . . . . . Meter zu **1.95** — **1.75**

Bettücher
in Nessel, 2.10 Meter lang . . . . . zu — **1.68**
in Nessel, 2.25 Meter lang . . . . zu **2.65** — **2.15**
In Haustuch, 2.25 Meter lang, zu **3.80, 3.35** — **2.60**
in Haustuch mit Hohlsaum, 2.25 Meter lang zu **3.40** — **2.90**
Bettbezüge
in Linon, 160/200 groß . . zu **7.20, 6.30** — **4.75**
in Satin und Damast, 160/200 groß zu **10.75, 9.75, 8.75, 7.—** — **5.60**
Kissenbezüge
ausfeston., 80/80 groß, zu **1.95, 1.60, 1.25** — **88** ₰

Damenhemden zu **2.70, 2.25, 1.75, 1.50, 1.35** — **85** ₰
Damen-Nachthemden zu **5.25, 4.75, 3.75, 3.40, 2.95, 2.45** — **1.90**
Hemdentuch Cupon zu 10 Meter **6.75, 6.25, 5.75** — **5.00**
Frottierhandtücher 100 und 110 cm lang zu **1.65, 1.45, 1.25, 90** — **75** ₰
Handtücher in Halbleinen. 100 cm lang ges. u. m Bd., z. **90, 80, 72** — **68** ₰

BIELEFELD Obernstraße 35 — **Heinr. Hirz** — **BIELEFELD** Obernstraße 35